

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 17. Oktober 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tunesischen Republik über die Seeschifffahrt

A. Zielsetzung

Das Abkommen mit Tunesien trägt den heutigen wirtschaftlichen und schiffahrtspolitischen Erfordernissen der modernen internationalen Seeschifffahrt Rechnung und wird auch der Entwicklung des Handelsaustausches zugutekommen. Es löst das bisherige Abkommen aus dem Jahre 1966 ab, welches den veränderten schiffahrtspolitischen Gegebenheiten nicht mehr voll gerecht wird.

Das Schiffahrtsabkommen ist eine gute Basis zur Vertiefung und Ausweitung, insbesondere aber auch für den Ausbau bzw. die Konkretisierung wirtschaftlicher Kontakte, nicht nur für deutsche Schiffahrtsunternehmen, sondern auch für die deutsche Schiffsklassifikationsgesellschaft und Hafenconsultingfirmen.

B. Lösung

Mit dem am 17. Oktober 1997 unterzeichneten Abkommen werden die für den Seeverkehr zwischen beiden Ländern notwendigen ordnungspolitischen und technischen Regelungen auf der Grundlage der Dienstleistungsfreiheit und der Inländergleichbehandlung geschaffen.

C. Alternativen

Keine

Fristablauf: 08. 02. 99

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Es entstehen keine Kosten.

E. Sonstige Kosten (z.B. Kosten für die Wirtschaft, Kosten für soziale Sicherungssysteme)

Kosten entstehen durch das Gesetz weder bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere nicht bei mittelständischen Unternehmen, noch bei sozialen Sicherungssystemen, da das Abkommen neben Fragen technischer Art der Abwicklung und der Nutzung sowie der Rechtsgewährung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit nur die Art und Weise der Verwendung von Einnahmen durch Seeschiffahrtsunternehmen in konvertierbarer Währung aus Dienstleistungen der Seeschifffahrt regelt – nicht aber deren Höhe. Die mit dem Abkommen angestrebte Vertiefung wirtschaftlicher Kontakte wirkt wettbewerbsfördernd und damit tendenziell preisdämpfend. Auswirkungen auf Einzelpreise sind daher möglich, jedoch nicht quantifizierbar. Sie dürften allerdings so gering sein, daß Auswirkungen auf das Preisniveau nicht zu erwarten sind.

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 17. Oktober 1997
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Tunesischen Republik
über die Seeschifffahrt

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (323) – 900 01 – De 60/98

Bonn, den 28. Dezember 1998

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

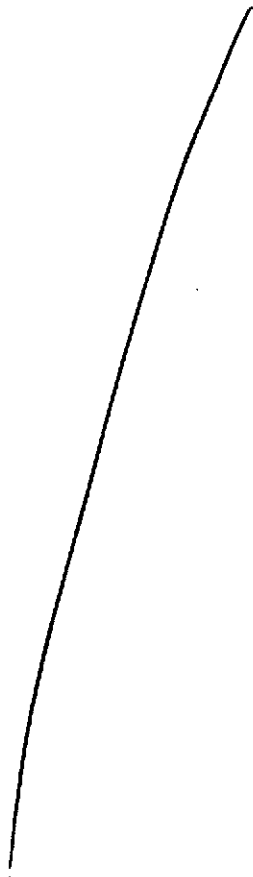
Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 17. Oktober 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tunesischen Republik über die Seeschifffahrt

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen.

Gerhard Schröder

984/98



Entwurf

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 17. Oktober 1997
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Tunesischen Republik
über die Seeschifffahrt**

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Tunis am 17. Oktober 1997 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tunesischen Republik über die Seeschifffahrt wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 17 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit Artikel 12 Abs. 3 des Abkommens auch das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem das Abkommen nach seinem Artikel 17 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Kosten entstehen durch das Gesetz weder bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere nicht bei mittelständischen Unternehmen, noch bei sozialen Sicherungssystemen, da das Abkommen neben Fragen technischer Art der Abwicklung und der Nutzung sowie der Rechtsgewährung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit nur die Art und Weise der Verwendung von Einnahmen durch Seeschiffsverkehrsunternehmen in konvertierbarer Währung aus Dienstleistungen der Seeschifffahrt regelt – nicht aber deren Höhe. Die mit dem Abkommen angestrebte Vertiefung wirtschaftlicher Kontakte wirkt wettbewerbsfördernd und damit tendenziell preisdämpfend. Auswirkungen auf Einzelpreise sind daher möglich, jedoch nicht quantifizierbar. Sie dürften allerdings so gering sein, daß Auswirkungen auf das Preisniveau nicht zu erwarten sind.

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Tunesischen Republik
über die Seeschifffahrt**

**Accord Maritime
entre
le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et le Gouvernement de la République Tunisienne**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Tunesischen Republik –

in Anerkennung des Bedürfnisses, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen ihnen und ihren Völkern zu pflegen,

in dem Wunsch, die Entwicklung des Seeverkehrs zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik zu fördern und die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet so weit wie möglich zu verstärken,

in dem Wunsch, die Entwicklung der Seeschiffahrtsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik, die sich auf das beiderseitige Interesse dieser Länder und die Freiheit ihres Außenhandels gründen, zu fördern,

in der Erkenntnis, daß der bilaterale Warenaustausch von einem wirksamen Dienstleistungsaustausch begleitet werden soll,

unter Hinweis auf die internationalen Übereinkünfte über die Sicherheit in der Seeschifffahrt, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Seeleute, über den Transport gefährlicher Güter und den Schutz der Meeresumwelt,

unter Berücksichtigung des Europa-Mittelmeer-Abkommens vom 17. Juli 1995 zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Tunesischen Republik andererseits sowie der Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland als Mitgliedstaat der Europäischen Union –

sind im Einklang mit den Grundsätzen der Gleichheit und der Gegenseitigkeit wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1
Gegenstand**

Das vorliegende Abkommen hat insbesondere zum Gegenstand:

- in allgemeiner Weise zur Entwicklung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik beizutragen;
- die Schifffahrtsbeziehungen zwischen ihren beiden Staaten zu entwickeln;
- den bilateralen Seeverkehr im Interesse des Handels zwischen den beiden Staaten zu fördern;
- allen Maßnahmen vorzubeugen, die ihrer Natur nach Nachteile für den Seeverkehr zwischen den beiden Staaten mit sich bringen könnten;
- die technische Zusammenarbeit insbesondere zwischen den Unternehmen und den zuständigen Schifffahrtsbehörden auf dem Gebiet der Partnerschaft, der Ausbildung, der Unterstützung und des Informationsaustausches zu entwickeln.

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et
Le Gouvernement de la République Tunisienne

Reconnaissant le besoin d'entretenir des relations amicales entre eux et leurs peuples;

Désireux de favoriser le développement du transport maritime entre la République fédérale d'Allemagne et la République Tunisienne et de renforcer dans la plus large mesure possible, la coopération dans ce domaine;

Désireux de promouvoir les relations maritimes entre la République fédérale d'Allemagne et la République Tunisienne, relations fondées sur l'intérêt réciproque et sur la liberté de leur commerce extérieur;

Reconnaissant que l'échange bilatéral de marchandises devrait être accompagné d'un échange efficace de services;

Rappelant les conventions Internationales relatives à la sécurité maritime, aux conditions de vie et de travail des marins, au transport de marchandises dangereuses et à la protection du milieu marin;

Prenant en considération l'Accord euro-méditerranéen du 17 juillet 1995 établissant une association entre la Communauté européenne et ses Etats membres d'une part, et la République Tunisienne d'autre part, ainsi que les obligations émanant pour la République fédérale d'Allemagne de sa qualité d'Etat membre de l'Union européenne;

Sont convenus, conformément aux principes d'égalité et de réciprocité, de ce qui suit:

**Article Premier
Objet**

Le présent Accord a pour objet, notamment:

- de contribuer, de manière générale, au développement des relations économiques et commerciales entre la République fédérale d'Allemagne et la République Tunisienne;
- de développer les relations maritimes entre les deux pays;
- de favoriser le transport maritime bilatéral dans l'intérêt du commerce entre les deux pays;
- de prévenir toutes mesures de nature à porter préjudice au développement du transport maritime entre les deux pays;
- de développer la coopération technique entre les entreprises et les Autorités Maritimes Compétentes en matière de partenariat, de formation, d'assistance et d'échanges d'informations.

Artikel 2**Begriffsbestimmungen**

In diesem Abkommen bezeichnet

1. der Ausdruck „Schiff einer Vertragspartei“ jedes Schiff, das nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei ihre Flagge führt und nach ihren Gesetzen in ein Register eingetragen ist. Als „Schiff einer Vertragspartei“ gilt für die Anwendung der Artikel 4, 6, 11, 12, 13 und 14 auch jedes Schiff unter der Flagge eines Drittstaats, das von einem Seeschiffsverkehrsunternehmen einer der Vertragsparteien eingesetzt wird. Dieser Ausdruck umfaßt nicht Kriegsschiffe und Fischerfahrzeuge;
2. der Ausdruck „Seeschiffsverkehrsunternehmen einer Vertragspartei“ ein Seeschiffe einsetzendes Beförderungsunternehmen, das seinen Sitz im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei hat und, soweit erforderlich, von dieser Vertragspartei anerkannt ist;
3. der Ausdruck „Besatzungsmitglied“ den Kapitän und jede weitere Person, die während der Reise Aufgaben oder Dienste an Bord wahrzunehmen hat und deren Name in der Musterrolle des Schiffes aufgeführt ist;
4. der Ausdruck „zuständige Seeschiffsverkehrsbehörde“
 - a) in der Tunesischen Republik das Ministerium für Transport und die ihm nachgeordneten Behörden,
 - b) in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium für Verkehr und die ihm nachgeordneten Behörden.

Artikel 3**Internationale Übereinkünfte**

Dieses Abkommen berührt nicht die Rechte und Verpflichtungen der Vertragsparteien aus den internationalen Übereinkünften, die sie ratifiziert haben.

Artikel 4**Freiheit des Verkehrs, Nichtdiskriminierung**

(1) Die Schiffe jeder Vertragspartei sind berechtigt, zwischen dem internationalen Handelsverkehr geöffneten Häfen im Hoheitsgebiet der beiden Vertragsparteien zu fahren und Seeverkehr zwischen den Hoheitsgebieten der Vertragsparteien sowie zwischen jeder von ihnen und Drittstaaten zu betreiben.

(2) Die Vertragsparteien werden sich jeglicher Maßnahme enthalten, die der uneingeschränkten Beteiligung der Seeschiffsverkehrsunternehmen der beiden Vertragsparteien am Seeverkehr und an der Beförderung der Güter zwischen ihren Staaten sowie zwischen diesen und Drittstaaten abträglich sein könnte. Im übrigen gelten die Grundsätze der Nichtdiskriminierung, des freien Wettbewerbs und der freien Wahl von Seeschiffsverkehrsunternehmen.

Artikel 5**Maßnahmen zur Erleichterung des Seeverkehrs**

Die Vertragsparteien ergreifen im Rahmen ihrer Gesetze und Hafenordnungen alle erforderlichen Maßnahmen, um die Beförderung auf dem Seeweg zu erleichtern und zu fördern, zu lange Aufenthalte zu vermeiden und die Erledigung der Zoll- und sonstigen in den Häfen zu beachtenden Förmlichkeiten nach Möglichkeit zu beschleunigen und zu vereinfachen sowie den Gebrauch vorhandener Entsorgungseinrichtungen zu erleichtern.

Article 2**Définitions**

Pour l'application du présent Accord:

1. «Navire d'une Partie Contractante» désigne tout navire battant pavillon de cette Partie Contractante conformément à ses dispositions juridiques et immatriculé dans un registre conformément à ses lois. Pour l'application des articles 4, 6, 11, 12, 13 et 14, on entend également par «navire d'une Partie Contractante» tout navire battant pavillon d'un Etat tiers et exploité par une Compagnie Maritime de l'une des Parties Contractantes. Sont exclus de cette définition, les navires de guerre et les navires de pêche.
2. «Compagnie Maritime d'une Partie Contractante» désigne une compagnie de transport exploitant des navires, ayant son siège sur le territoire de cette Partie Contractante et si nécessaire reconnue en tant que telle par cette Partie.
3. «Membre de l'équipage» désigne le capitaine et toute autre personne devant assurer des fonctions ou des services à bord du navire au cours du voyage, et dont le nom figure sur le rôle d'équipage du navire.
4. «L'Autorité Maritime Compétente» désigne
 - a) en République Tunisienne, le Ministère du Transport et les autorités qui lui sont subordonnées,
 - b) en République fédérale d'Allemagne, le Ministère Fédéral des Transports et les autorités qui lui sont subordonnées.

Article 3**Conventions Internationales**

Le présent Accord ne portera pas atteinte aux droits et obligations des Parties Contractantes résultant des conventions internationales ratifiées par chacune d'elles.

Article 4**Liberté du Trafic, Non-Discrimination**

(1) Les navires de chacune des Parties Contractantes auront le droit de naviguer entre les ports situés sur le territoire des deux Parties Contractantes et ouverts au trafic commercial international et d'effectuer des transports maritimes entre les territoires des Parties Contractantes ainsi qu'entre chacune d'elles et des Etats tiers.

(2) Les Parties Contractantes s'abstiendront de toute mesure susceptible de porter préjudice à la participation sans restriction des compagnies maritimes des deux Parties Contractantes au trafic maritime et au transport des marchandises échangées entre leurs pays ainsi qu'entre ces derniers pays et des Etats tiers. En outre, s'appliquent les principes de la non-discrimination, de la libre concurrence et du libre choix des compagnies maritimes.

Article 5**Mesures Visant à Faciliter le Trafic Maritime**

Les Parties Contractantes, dans le cadre de leurs lois et leurs règlements portuaires, prendront toutes les mesures nécessaires afin de faciliter et de promouvoir les transports effectués par voie maritime, d'éviter des séjours prolongés et d'accélérer et de simplifier, dans la mesure du possible, l'accomplissement des formalités douanières et autres à respecter dans les ports ainsi que de faciliter l'utilisation d'installations existantes servant à la dépollution.

Artikel 6**Regelungen
betreffend Häfen und Hoheitsgewässer**

Jede Vertragspartei gewährt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit in ihren Häfen, Hoheitsgewässern und anderen ihren Hoheitsbefugnissen unterliegenden Gewässern den Schiffen der anderen Vertragspartei die gleiche Behandlung wie ihren eigenen im internationalen Seeverkehr eingesetzten Schiffen. Das gilt insbesondere für

- den Zugang zu den Häfen,
- den Aufenthalt in den Häfen und das Verlassen der Häfen,
- die Benutzung der Hafenanlagen für den Güter- und Fahrgastverkehr sowie beim Zugang zu allen Dienstleistungen und anderen Einrichtungen,
- die Erhebung von Gebühren und Hafengebühren.

Artikel 7**Vertretungen**

Jede Vertragspartei gewährt, gemäß den geltenden Gesetzen und sonstigen Vorschriften der jeweiligen Vertragspartei sowie den entsprechenden Bestimmungen des Europa-Mittelmeer-Abkommens vom 17. Juli 1995 zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Tunesischen Republik andererseits, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit den Seeschiffsunternehmen der anderen Vertragspartei wie ihren eigenen Seeschiffsunternehmen das Recht, eigene Agenturen in ihrem Hoheitsgebiet zu gründen, sowie das Recht auf Ausübung von Agenturleistungen.

Artikel 8**Unbeschränkter Transfer**

Jede Vertragspartei gewährt den Seeschiffsunternehmen der anderen Vertragspartei das Recht, die aus Dienstleistungen der Seeschifffahrt einschließlich der Organisation und Durchführung damit verbundener Vor- und Nachlauftransporte erzielten Einnahmen in ihrem Hoheitsgebiet für Zahlungen im Zusammenhang mit der Schifffahrt zu verwenden. Die Einnahmen können auch frei und ohne jede Beschränkung und in jeder konvertierbaren Währung in das Ausland überwiesen werden.

Artikel 9**Vom Anwendungsbereich
dieses Abkommens ausgeschlossene Bereiche**

Dieses Abkommen berührt nicht die geltenden Rechtsvorschriften jeder der Vertragsparteien über

- a) das Vorrecht der eigenen Flagge für die nationale Küstenschifffahrt sowie die Bergungs-, Bugsier-, Lots- und andere Dienste, die den eigenen Seeschiffs- oder sonstigen Unternehmen sowie Staatsangehörigen vorbehalten sind;
- b) Fahrzeuge, die Aufgaben des öffentlichen Dienstes wahrnehmen;
- c) Meeresforschungstätigkeiten.

Artikel 10**Beachtung von Rechtsvorschriften**

(1) Die Schiffe jeder Vertragspartei und ihre Besatzungsmitglieder unterliegen während des Aufenthalts im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei deren geltenden Gesetzen und sonstigen Vorschriften.

(2) Fahrgäste und Versender von Gütern müssen die im Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei geltenden Gesetze und sonstigen Vorschriften über die Einreise, den Aufenthalt und die Ausreise der Fahrgäste und Besatzungen sowie die Einfuhr, die Aus-

Article 6**Régime dans
les Ports et dans les Eaux Territoriales**

Chacune des Parties Contractantes accordera, sur la base de la réciprocité, dans ses ports, ses eaux territoriales et dans d'autres eaux relevant de sa juridiction, aux navires de l'autre Partie Contractante le même traitement qu'à ses propres navires affectés au trafic maritime international. Ceci s'appliquera notamment:

- à l'accès aux ports,
- au séjour dans les ports et à la sortie des ports,
- à l'utilisation des installations portuaires aux fins des transports de marchandises et de passagers ainsi qu'à l'accès à l'ensemble des services et autres installations existantes,
- à la perception des droits et taxes portuaires.

Article 7**Représentations**

Chacune des Parties Contractantes accordera sur la base de la réciprocité et tout comme à ses propres compagnies maritimes, aux compagnies maritimes de l'autre Partie Contractante, le droit d'établir leurs propres agences sur son territoire, conformément à ses lois et règlements en vigueur de chaque Partie Contractante et aux dispositions de l'Accord euro-méditerranéen du 17 juillet 1995 établissant une association entre la Communauté européenne et ses Etats membres d'une part, et la République Tunisienne d'autre part ainsi que le droit d'exercer les activités d'agence maritime.

Article 8**Libre Transfert**

Chacune des Parties Contractantes accordera aux Compagnies Maritimes de l'autre Partie Contractante, le droit de dépenser les revenus réalisés en rémunération des prestations de services maritimes, y inclus l'organisation et la réalisation des transports terminaux y afférents, sur son territoire en paiements relatifs à la navigation. Les revenus pourront également être transférés à l'étranger librement et sans restrictions dans toute monnaie convertible.

Article 9**Domaines Exclus du
Champ d'Application du Présent Accord**

Le présent Accord n'affectera pas la législation de chacune des Parties Contractantes en vigueur relatives:

- a) au privilège du pavillon national quant au cabotage national, aux services de sauvetage, de remorquage et de pilotage ainsi qu'à d'autres services réservés aux Compagnies Maritimes nationales ou autres compagnies nationales et aux ressortissants nationaux;
- b) aux navires assurant les activités de service public;
- c) aux activités de recherche marine.

Article 10**Respect de la Législation**

(1) Les navires de chacune des Parties Contractantes et leurs membres de l'équipage seront soumis, pendant leur séjour sur le territoire de l'autre Partie Contractante, aux lois et règlements de cette Partie Contractante.

(2) Les passagers et les expéditeurs de marchandises devront respecter les lois et règlements en vigueur sur le territoire de chacune des Parties Contractantes relatives à l'entrée, au séjour et à la sortie des passagers et des équipages ainsi qu'à l'importation,

fuhr und die Lagerung von Gütern, insbesondere die Vorschriften über Landgang, Einwanderung, Zoll, Steuern und Quarantäne, einhalten.

l'exportation et l'entreposage des marchandises et notamment les dispositions sur les formalités de descente à terre, l'immigration, les douanes, les impôts et les quarantaines.

Artikel 11

Schiffspapiere und Staatszugehörigkeit der Schiffe

(1) Jede Vertragspartei erkennt die Staatszugehörigkeit der Schiffe an, so wie sie durch die an Bord dieser Schiffe befindlichen und durch die zuständigen Behörden jeder der Vertragsparteien nach deren Gesetzen und sonstigen Vorschriften ausgestellten Dokumente bestätigt wird.

(2) Die anderen Schiffspapiere, die entsprechend den geltenden, von den beiden Vertragsparteien ratifizierten, internationalen Übereinkünften, ausgestellt oder anerkannt worden sind, werden von jeder der Vertragsparteien anerkannt.

Artikel 12

Reisedokumente der Besatzungsmitglieder

(1) Jede der Vertragsparteien erkennt die von den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei ausgestellten Reisedokumente der Besatzungsmitglieder an und gewährt den Inhabern dieser Dokumente die in Artikel 13 genannten Rechte. Die von einer Vertragspartei nach Inkrafttreten dieses Abkommens eingeführten Reisedokumente für Seeleute werden von der anderen Vertragspartei durch Notifikation anerkannt, sofern sie den internationalen Anforderungen für die Anerkennung als Seefahrtbuch genügen.

(2) Die Reisedokumente der Besatzungsmitglieder sind für die Bundesrepublik Deutschland der Reisepaß oder das Seefahrtbuch und für die Tunesische Republik das Seefahrtbuch und die Identitätserklärung für Seeleute.

(3) Für Besatzungsmitglieder aus Drittstaaten gelten als Reisedokumente die von den zuständigen Behörden der Drittstaaten ausgestellten Reisedokumente der Besatzungsmitglieder, sofern sie den internationalen und innerstaatlichen Vorschriften der jeweiligen Vertragspartei für die Anerkennung als Paß- oder Paßersatzpapier genügen.

Artikel 13

Anerkannte Rechte der Seeleute als Inhaber von Reisedokumenten

(1) Jede der Vertragsparteien gestattet den Besatzungsmitgliedern eines Schiffes der anderen Vertragspartei, die Inhaber eines der in Artikel 12 genannten Reisedokumente sind und deren Namen in der Besatzungsliste des Schiffes, die den zuständigen Behörden übergeben wurde, verzeichnet sind, während der Liegezeit des Schiffes in einem ihrer Häfen ohne „Aufenthaltsgenehmigung vor der Einreise“ (Visum) in Übereinstimmung mit den im Aufenthaltsland geltenden Gesetzen und sonstigen Vorschriften an Land zu gehen und sich im Gebiet der Hafenstadt aufzuhalten. Erforderlich ist in diesen Fällen

- in der Tunesischen Republik ein Laissez-passer,
- in der Bundesrepublik Deutschland ein Landgangsausweis.

(2) Jede Änderung der Besatzung eines Schiffes ist in der Besatzungsliste zu vermerken und den zuständigen Behörden des Hafens, in dem sich das Schiff aufhält, mitzuteilen. Für ihren Landgang und für ihre Rückkehr an Bord des Schiffes haben sich die Besatzungsmitglieder den vorschriftsmäßigen Kontrollen für Verlassen und Betreten des Hafens zu unterwerfen.

Article 11

Documents de Bord et Nationalité des Navires

(1) Chacune des Parties Contractantes reconnaît la nationalité des navires telle qu'établie par les documents se trouvant à bord de ces navires et délivrés par les Autorités Maritimes Compétentes de l'autre Partie Contractante conformément à ses lois et règlements.

(2) Les autres documents de bord émis ou reconnus conformément aux conventions internationales en vigueur et ratifiées par les deux Parties Contractantes, sont également reconnus par chacune des Parties.

Article 12

Documents d'identité des Membres de l'Equipe

(1) Chacune des Parties Contractantes reconnaît les documents d'identité des membres de l'équipage délivrés par les autorités compétentes de l'autre Partie Contractante et accordera aux titulaires desdits documents les droits visés à l'article 13 du présent Accord. Les pièces d'identité pour les gens de mer introduites par l'une des Parties Contractantes après l'entrée en vigueur du présent Accord, seront reconnues par l'autre Partie Contractante par voie de notification si elles satisfont aux exigences internationales relatives à la reconnaissance en tant que livret professionnel maritime.

(2) Les documents d'identité des Membres de l'équipage sont pour la République fédérale d'Allemagne: le passeport (Reisepass) ou le livret professionnel maritime (Seefahrtbuch) et pour la République Tunisienne: le livret professionnel des gens de mer et la déclaration d'identité des gens de mer.

(3) Pour les Membres de l'équipage en provenance d'Etats tiers, sont considérés comme documents d'identité des Membres de l'équipage, les documents délivrés par les autorités compétentes des Etats tiers s'ils satisfont aux prescriptions internationales et nationales de chacune des Parties Contractantes relatives à la reconnaissance en tant que passeport du titre tenant lieu de passeport.

Article 13

Droits Reconnus aux Marins, Titulaires des Documents d'Identité

(1) Chacune des Parties Contractantes accordera aux Membres de l'équipage d'un navire de l'autre Partie Contractante, titulaires d'un des documents d'identité visés à l'article 12 du présent Accord, le droit de descendre à terre et de séjourner sur le territoire de la ville portuaire pendant le séjour de ce navire dans l'un des ses ports sans «permis de séjour délivré avant l'entrée» (visa) conformément aux lois et règlements en vigueur au pays de séjour à condition que leurs noms figurent sur la liste d'équipage du navire remise aux autorités compétentes. Sera exigé dans ces cas:

- En République Tunisienne, un laissez-passer.
- En République fédérale d'Allemagne, un permis de descendre à terre.

(2) Tout changement dans l'équipage d'un navire doit être mentionné sur le registre d'équipage et communiqué aux autorités compétentes dans le port où le navire séjourne. Lors de leur descente à terre et de leur retour à bord du navire, ces Membres de l'équipage doivent se soumettre aux contrôles réglementaires d'entrée et de sortie du port.

(3) Jedes Besatzungsmitglied, das Inhaber eines der in Artikel 12 genannten Reisedokumente ist, darf nach Erteilung einer „Aufenthaltsgenehmigung vor der Einreise“ (Visum) durch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei in folgenden Fällen durchreisen:

- zum Zweck seiner Heimschaffung,
- um sich auf sein Schiff oder auf ein anderes Schiff zu begeben oder
- aus einem von den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei als triftig anerkannten anderen Grund.

Die „Aufenthaltsgenehmigung vor der Einreise“ (Visum) ist in möglichst kurzer Zeit zu erteilen.

(4) Die Vertragsparteien verpflichten sich zur formlosen Rücknahme von Personen in ihr Hoheitsgebiet, die mit einem von ihnen ausgestellten Reisedokument im Sinne des Artikels 12 Absätze 1 und 2 in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eingereist sind.

(5) Die Agentur des jeweiligen Schiffes trägt, wenn notwendig, dafür Sorge, daß tunesische Besatzungsmitglieder, die in deutschen Häfen an Land gehen, und deutsche Besatzungsmitglieder, die in tunesischen Häfen an Land gehen, ohne Kosten für die Verwaltung heimgeschafft werden. Die zuständige Schiffsverkehrsbehörde überwacht die ordnungsgemäße Durchführung dieser Bestimmung.

(6) Die zuständigen Behörden jeder der Vertragsparteien gestatten jedem Besatzungsmitglied, das im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien in ein Krankenhaus eingeliefert wird, den für die stationäre Behandlung erforderlichen Aufenthalt.

(7) Die Bediensteten der diplomatischen Missionen und der konsularischen Vertretungen einer Vertragspartei sowie die Besatzungsmitglieder der Schiffe dieser Vertragspartei sind berechtigt, unter Beachtung der im Aufenthaltsland geltenden einschlägigen Gesetze und sonstigen Vorschriften miteinander in Verbindung zu treten und zusammenzutreffen.

(8) Die Vertragsparteien behalten sich das Recht vor, Personen, die Inhaber eines der in Artikel 12 dieses Abkommens genannten Reisedokumente für Seeleute sind, die Einreise in ihr Hoheitsgebiet zu verwehren, wenn sie diese als unerwünscht betrachten.

(9) Unbeschadet der Vorschriften der Absätze 1 bis 8 bleiben die Regelungen der Vertragsparteien betreffend die Einreise, den Aufenthalt und die Ausreise von Ausländern unberührt.

Artikel 14

Vorfälle auf See

(1) Erleidet ein Schiff einer der beiden Vertragsparteien nahe der Küsten der anderen Vertragspartei Schiffbruch, läuft es auf Grund oder erleidet es einen sonstigen bedeutenden Schaden, so gewähren die zuständigen Behörden der letztgenannten Vertragspartei den Besatzungsmitgliedern und den Passagieren sowie dem Schiff und seiner Ladung den gleichen Schutz und Beistand wie einem ihre eigene Flagge führenden Schiff.

(2) Bei einem Vorfall auf See, den ein Schiff einer der beiden Vertragsparteien in den Gewässern unter der Hoheitsgewalt der anderen Vertragspartei erleidet, und der die Eröffnung eines Seeunfalluntersuchungsverfahrens erfordert, können die zuständigen Seeschiffsverkehrsbehörden der beiden Vertragsparteien mit dem Ziel der guten Durchführung dieser Untersuchung und dem Austausch von Informationen hierüber diesbezüglich zusammenarbeiten.

(3) Jede der beiden Vertragsparteien sieht bei Seeunfällen im Sinne des Absatzes 1 von der Erhebung von Einfuhrabgaben einschließlich Verbrauchsteuern, denen Ladung, Ausrüstung, Materialien, Vorräte und anderes Schiffszubehör unterliegen, ab,

(3) Tout Membre de l'équipage titulaire d'un des documents d'identité visés à l'article 12 du présent Accord sera autorisé après la délivrance d'un «permis de séjour délivré avant l'entrée» (visa), à transiter par le territoire de l'autre Partie Contractante

- en vue de son rapatriement ou
- pour se rendre sur son navire ou sur un autre navire ou
- pour un autre motif reconnu valable par les autorités compétentes de l'autre Partie Contractante.

Le «permis de séjour délivré avant l'entrée» (visa) devra être délivré dans les plus brefs délais.

(4) Les Parties Contractantes s'engagent à accepter sans formalités, le retour sur leur territoire des personnes qui sont entrées dans le territoire de l'autre Partie Contractante sous couvert d'un document d'identité au sens des dispositions des paragraphes 1 et 2 de l'article 12 du présent Accord.

(5) Le consignataire de navires concerné sera chargé si nécessaire, du rapatriement des Membres de l'équipage Allemands débarqués dans les ports tunisiens et des Membres de l'équipage Tunisiens débarqués dans les ports allemands, sans frais pour l'Administration. Les Autorités Maritimes Compétentes veilleront à la bonne exécution de cette disposition.

(6) Les autorités compétentes de chacune des Parties Contractantes accorderont à tout Membre de l'équipage qui serait hospitalisé sur le territoire de l'une des Parties Contractantes l'autorisation nécessaire pour que l'intéressé puisse y séjourner pendant la période requise pour le traitement hospitalier.

(7) Les agents des missions diplomatiques et postes consulaires de l'une des Parties Contractantes ainsi que les Membres de l'équipage d'un navire de cette Partie Contractante, seront autorisés à entrer en contact mutuel et à se rencontrer, tout en respectant les lois et règlements en vigueur au pays de séjour.

(8) Les Parties Contractantes se réservent le droit de refuser l'accès de leur territoire aux personnes qu'elles jugeraient indésirables et titulaires des documents reconnus d'identité de marins au sens de l'Article 12 du présent Accord.

(9) Sans préjudice des dispositions des paragraphes 1 à 8 ci-dessus, les dispositions de chacune des Parties Contractantes régissant l'entrée, le séjour et la sortie des étrangers ne seront pas affectées.

Article 14

Événements de Mer

(1) Si un navire de l'une des deux Parties Contractantes fait naufrage, s'échoue ou subit une avarie importante près des côtes de l'autre Partie Contractante, les autorités compétentes de cette dernière accordent aux membres de l'équipage et aux passagers ainsi qu'au navire et à la cargaison, les mêmes protections et assistances qu'à un navire battant son propre pavillon.

(2) Pour l'événement de mer qui survient à un navire de l'une des deux Parties Contractantes, dans les eaux sous juridiction nationale de l'autre Partie Contractante et qui nécessite l'ouverture d'une enquête nautique, les Autorités Maritimes Compétentes des deux Parties Contractantes peuvent coopérer pour un bon déroulement de cette enquête et pour l'échange d'informations y afférentes.

(3) En cas d'accidents maritimes au sens du paragraphe 1 ci-dessus, chacune des Parties Contractantes renoncera au prélèvement de taxes à l'importation, y inclus les taxes de consommation, auxquelles sont soumis la cargaison, le grèement, les

sofern diese Gegenstände im Hoheitsgebiet der betreffenden Vertragspartei weder gebraucht noch verbraucht werden. Der Kapitän oder die Agentur des Schiffes unterrichtet die zuständige Zollstelle unverzüglich über den Seeunfall. Die Voraussetzungen für eine einfuhrabgabefreie vorübergehende Verwahrung der Waren sind abzustimmen.

Artikel 15

Hilfe, Beratung und Information

Die Vertragsparteien übernehmen es, einander im Rahmen ihrer Möglichkeiten jede erbetene Hilfe, Beratung und Information über alle Angelegenheiten der Schifffahrt, einschließlich der Sicherheit des menschlichen Lebens auf See, der Reinheit des Wassers, der Verhütung und Bekämpfung von Meeresverschmutzung durch Schiffe sowie der Suche, Rettung und Ausbildung von Personal und Besatzung zukommen zu lassen, sofern die erbetene Hilfe, Beratung und Information nicht in Widerspruch zu den innerstaatlichen Gesetzen jeder der Vertragsparteien und/oder zu den Übereinkünften, denen die Vertragsparteien beigetreten sind, steht.

Artikel 16

Gemischter

Technischer Schifffahrtsausschuß

(1) Zur Entwicklung und Stärkung der Zusammenarbeit in der Schifffahrt zwischen den beiden Vertragsparteien im Bereich der Handelsschifffahrt und der Seehäfen wird ein „Gemischter Technischer Schifffahrtsausschuß“ zur Durchführung des vorliegenden Abkommens gebildet.

(2) Dieser tritt bei gegebenem Anlaß auf Antrag einer der Vertragsparteien zusammen. In dem Antrag soll auch ein Zeitpunkt für die Zusammenkunft vorgeschlagen werden. Der Ausschuß tritt jedoch spätestens 3 Monate nach Stellung des Antrages zusammen.

(3) Die Aufgaben des Ausschusses sind insbesondere:

- a) Erörterung von Angelegenheiten gemeinsamen Interesses bezüglich der Handelsmarine und der Handelshäfen,
- b) Empfehlungen an die Vertragsparteien zur Lösung von Problemen, die sich aus der Auslegung und Anwendung dieses Abkommens ergeben können,
- c) Empfehlungen an die beiden Vertragsparteien, im Bereich der Handelsschifffahrt insbesondere über die Entwicklung des Seetransportes und der Häfen, der Verbesserung der Sicherheit in der Seeschifffahrt und der Erhaltung der Meeresumwelt,
- d) Programme über die Zusammenarbeit in der Schifffahrt zwischen Unternehmen und Institutionen der Seeschifffahrt, über Angelegenheiten insbesondere der Zusammenarbeit, der Ausbildung in der Schifffahrt und im Hafengewesen und dem Technologietransfer vorzuschlagen.

Artikel 17

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem beide Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Als Tag des Inkrafttretens wird der Tag des Eingangs der letzten Notifikation angesehen.

(2) Dieses Abkommen wird nach seiner Unterzeichnung bis zu seinem Inkrafttreten nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts der Vertragsparteien vorläufig angewendet.

matériaux, les provisions et d'autres accessoires du navire pour autant que ces objets ne soient pas utilisés ou consommés sur le territoire de l'autre Partie Contractante. Le capitaine ou le consignataire du navire doit informer sans délai l'autorité douanière compétente de l'accident maritime. Les conditions nécessaires au dépôt temporaire des marchandises exempt de taxes à l'importation devront être arrêtées en commun accord.

Article 15

Assistance, Conseil et Information

Les Parties Contractantes se chargent de se rendre toute assistance, conseil et information demandés dans les limites de leurs ressources, concernant toutes les affaires maritimes y compris la sécurité des vies humaines en mer, la propreté des eaux, la prévention et la lutte contre la pollution en mer par les navires, la recherche, le sauvetage et la formation du personnel et de l'équipage à condition que lesdits assistance, conseil et information demandés ne tomberaient pas en contradiction avec les lois internes de chacune des Parties et/ou les dispositions des conventions auxquelles les Parties Contractantes seront adhérentes.

Article 16

Comité

Technique Maritime Mixte

(1) Pour développer et renforcer la coopération maritime entre les Parties Contractantes dans le domaine de la Marine Marchande et des ports maritimes de commerce, il est créé un «Comité Technique Maritime Mixte» pour la mise en application du présent Accord.

(2) Ce comité se réunira le cas échéant sur demande de l'une des Parties Contractantes. La demande proposera la date à laquelle la réunion devrait avoir lieu. Le Comité se réunira, au plus tard trois mois après l'introduction de la demande.

(3) Les fonctions du Comité sont notamment:

- a) examiner les affaires d'intérêt commun concernant la Marine Marchande et les ports maritimes de commerce;
- b) faire les recommandations aux Parties Contractantes concernant les solutions des problèmes qui peuvent être soulevés par l'interprétation et l'application du présent Accord;
- c) faire les recommandations aux Parties Contractantes dans le domaine de la Marine Marchande notamment pour le développement du transport maritime et des ports, l'amélioration de la sécurité maritime et la préservation du milieu marin;
- d) proposer des programmes de coopération maritime entre les compagnies et les institutions maritimes en matière notamment de partenariat, de formation maritime et portuaire et de transfert de technologies.

Article 17

Entrée en Vigueur

(1) Le présent Accord entrera en vigueur à la date à laquelle les Parties Contractantes se seront mutuellement notifiées l'accomplissement des conditions nationales nécessaires à l'entrée en vigueur. Sera considérée comme date d'entrée en vigueur celle de réception de la dernière notification.

(2) Le présent Accord sera appliqué à titre provisoire, à partir de sa date de signature, en attendant son entrée en vigueur, conformément aux réglementations nationales des deux Parties Contractantes.

Artikel 18**Geltungsdauer,
Änderung und Kündigung**

- (1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.
- (2) Jede Änderung dieses Abkommens muß in Schriftform erfolgen und im Namen der Vertragsparteien unterzeichnet werden. Die Änderungen treten an dem Tag in Kraft, an dem beide Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

(3) Dieses Abkommen kann von jeder der beiden Vertragsparteien unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten auf diplomatischem Wege schriftlich gekündigt werden.

Artikel 19**Außerkräfttreten
des Abkommens von 1966**

Mit Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das Abkommen vom 19. Juli 1966 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tunesischen Republik über die Seeschiffsbeziehungen außer Kraft.

Geschehen zu Tunis am 17. Oktober 1997 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der französische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne

Matthias Wissmann
K. Werndl

Für die Regierung der Tunesischen Republik
Pour le Gouvernement de la République Tunisienne
Chouk

Article 18**Durée de Validité,
Amendement et Dénonciation**

- (1) Le présent Accord est conclu pour une durée illimitée.
- (2) Tout amendement au présent Accord devra être fait par écrit et signé aux noms des Parties Contractantes. Ces amendements entreront en vigueur à la date à laquelle les Parties Contractantes se seront mutuellement notifiées l'accomplissement des conditions nationales nécessaires à l'entrée en vigueur.

(3) Le présent Accord pourra être dénoncé par écrit, par la voie diplomatique, par chacune des Parties Contractantes sous réserve d'un préavis de six mois.

Article 19**Abrogation de l'Accord
de 1966 sur les Rapports de Navigation Maritime**

L'entrée en vigueur du présent Accord entraîne l'abrogation de l'accord conclu le 19 juillet 1966 entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République Tunisienne sur les rapports de navigation maritime.

Fait à Tunis, le 17 octobre 1997 en deux exemplaires originaux en langues allemande, arabe et française, les trois textes faisant foi. En cas de divergence d'interprétation entre les textes en langues allemande et arabe, le texte en langue française prévaudra.

Denkschrift zum Abkommen.**A. Allgemeines**

Das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tunesischen Republik über die Seeschifffahrt ist am 17. Oktober 1997 in Tunis unterzeichnet worden. Es beruht auf dem Prinzip der Nichtdiskriminierung und Gleichberechtigung der Schiffe im gegenseitigen Seeverkehr und gewährt Inländergleichbehandlung für die Benutzung der Häfen. Es regelt die Behandlung von Schiffsunternehmen, Schiff, Kapitän, Besatzung, Fahrgästen und Gütern im jeweils anderen Vertragsstaat und enthält Bestimmungen über den Transfer von Frachteinnahmen. Desweiteren regelt es technische Fragen des Seeverkehrs zwischen beiden Ländern. Im Rahmen von Konsultationen sollen die Durchführung des Abkommens überwacht und regelmäßig Fragen des zweiseitigen Seeverkehrs sowie allgemeine Fragen der internationalen Schifffahrt behandelt werden.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung Tunesiens ist mit einem Anwachsen der Warenströme verbunden. Dem Seeverkehr wird in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung beigemessen. Langfristiges Ziel ist die Intensivierung der Seeverkehrsbeziehungen. Auch das Abkommen mit Tunesien wird sich in diesem Sinne positiv auswirken.

B. Besonderes**Zu Artikel 1**

Artikel 1 definiert die Aufgabenstellung des Abkommens.

Zu Artikel 2

Artikel 2 definiert die im Abkommen mehrfach verwandten Begriffe „Schiff einer Vertragspartei“, „Seeschiffsunternehmen einer Vertragspartei“, „Besatzungsmitglied“, „zuständige Seeschiffsbehörde“.

Zu Artikel 3

Artikel 3 stellt klar, daß das Abkommen Rechte und Verpflichtungen aus anderen internationalen Übereinkünften nicht berührt.

Zu Artikel 4

Absatz 1 räumt den Schiffen beider Seiten das Recht auf Teilnahme am gegenseitigen Seeverkehr und am Seeverkehr nach Drittstaaten (Cross-Trade) ein.

Absatz 2 verpflichtet die Vertragsparteien, im internationalen Seeverkehr diskriminierende Handlungen jeder Art zu unterlassen, die die Seeschiffsinteressen der anderen Vertragspartei benachteiligen.

Zu Artikel 5

Artikel 5 beinhaltet die Verpflichtung der Vertragsparteien, Verzögerungen bei den Liegezeiten und in der Abfertigung zu vermeiden, um so die Beförderung auf dem Seeweg zu erleichtern und zu fördern.

Zu Artikel 6

Artikel 6 räumt den Schiffen die Inländergleichbehandlung in den Häfen und Hoheitsgewässern der jeweils anderen Vertragspartei ein.

Zu Artikel 7

Artikel 7 räumt den Seeschiffsunternehmen das Recht auf Einrichtung von Vertretungsbüros sowie das Recht auf Ausübung von Agenturleistungen im jeweils anderen Land ein.

Zu Artikel 8

Artikel 8 räumt das Recht zur freien Verwendung und zum freien Transfer der im Gebiet der anderen Vertragspartei erzielten Frachteinnahmen ein.

Zu Artikel 9

Artikel 9 zählt die Ausnahmen auf, die vom Regelungsbereich des Abkommens ausgeschlossen sind.

Zu Artikel 10

Artikel 10 Abs. 1 regelt, daß die Schiffe einer Vertragspartei sowie deren Besatzungsmitglieder während ihres Aufenthalts in dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei deren einschlägige Gesetze und Bestimmungen einzuhalten haben.

Absatz 2 verdeutlicht, daß Fahrgäste und Versender von Gütern die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei geltenden Gesetze und sonstigen Vorschriften über Einreise, Aufenthalt und Ausreise der Fahrgäste und Besatzungen sowie Einfuhr, Ausfuhr und Lagerung von Gütern einzuhalten haben.

Zu Artikel 11

Artikel 11 Abs. 1 regelt die gegenseitige Anerkennung der Staatszugehörigkeit von Schiffen.

Absatz 2 regelt die gegenseitige Anerkennung der Schiffspapiere.

Zu Artikel 12

Artikel 12 Abs. 1 regelt die gegenseitige Anerkennung der Reisedokumente und gesteht den Seeleuten der Vertragsparteien, die im Besitz eines ordnungsgemäß ausgestellten Reisedokumentes sind, die in Artikel 13 aufgeführten Rechte zu. Absatz 1 regelt ebenfalls die Anerkennung von Reisedokumenten nach Inkrafttreten dieses Abkommens.

Absatz 2 definiert den Begriff Reisedokument.

Absatz 3 regelt, daß für Besatzungsmitglieder aus Drittländern als Reisedokument die von den zuständigen Behörden der Drittländer ausgestellten Dokumente gelten. Sie müssen den jeweiligen innerstaatlichen Vorschriften der Vertragsparteien für die Anerkennung als Paß oder Paßersatzpapier genügen.

Zu Artikel 13

Artikel 13 Absätze 1 und 3 regeln die Bedingungen im Hafenstaat für den Landgang, den Schiffswechsel und für die Heimreise der Besatzungsmitglieder.

Absatz 2 bestimmt, daß jede Änderung in der Besatzungsliste den jeweils zuständigen Hafenbehörden mitzuteilen ist und daß sich Besatzungsmitglieder für Landgang und Rückkehr an Bord des Schiffes den vorschriftsmäßigen Kontrollen zu unterwerfen haben.

Absatz 4 verpflichtet die Vertragsparteien zur formlosen Rückübernahme von Personen, die mit einem von ihnen ausgestellten Ausweispapier im Sinne des Artikels 12 Abs. 1 und 2 in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eingereist sind.

Absatz 5 verpflichtet die Agentur des jeweiligen Schiffes dazu, die Besatzungsmitglieder, die in den Häfen der jeweils anderen Vertragspartei an Land gehen, heimzuschaffen, ohne Kosten für die Verwaltungen.

Absatz 6 räumt erkrankten Besatzungsmitgliedern die Möglichkeit des Krankenhausaufenthalts im Hafenstaat ein.

Nach Absatz 7 sind die Bediensteten der Diplomatischen Missionen und der konsularischen Vertretungen einer Vertragspartei sowie die Besatzungsmitglieder der Schiffe dieser Vertragspartei berechtigt, miteinander Kontakt aufzunehmen.

Nach Absatz 8 behalten sich die Vertragsparteien das Recht vor, unerwünschten Personen die Einreise zu verwehren.

Absatz 9 stellt klar, daß vorbehaltlich der Bestimmungen in den Absätzen 1 bis 8 die Regelungen des Ausländerrechts unberührt bleiben.

Zu Artikel 14

Artikel 14 Abs. 1 verpflichtet die Vertragsparteien zu Hilfe, wenn Schiffe der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in Seenot oder andere Gefahren geraten.

Absatz 2 schafft die Möglichkeit für die Vertragspartei, im Falle der Eröffnung eines Seeunfalluntersuchungsverfahrens zusammenzuarbeiten.

Absatz 3 enthält Bestimmungen über die fiskalische Behandlung der in Notfällen ausgeladenen Güter.

Zu Artikel 15

Artikel 15 sieht vor, daß die Vertragsparteien einander jede erbetene Hilfe, Beratung und Information über alle Angelegenheiten der Schifffahrt zukommen lassen.

Zu Artikel 16

Artikel 16 Abs. 1 regelt die Bildung eines „Gemischten Technischen Schifffahrtsausschusses“.

Absatz 2 regelt das Zusammentreten des Ausschusses.

Absatz 3 definiert die Aufgaben des Ausschusses.

Zu Artikel 17

Artikel 17 Abs. 1 regelt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens.

Absatz 2 bestimmt die vorläufige Anwendung des Abkommens bis zum Inkrafttreten.

Zu Artikel 18

Artikel 18 Abs. 1 legt die Gültigkeit des Abkommens auf unbestimmte Zeit fest.

Absatz 2 regelt eventuelle Änderungen des Abkommens und deren Inkrafttreten.

Absatz 3 sieht die Möglichkeit der schriftlichen Kündigung des Abkommens vor.

Zu Artikel 19

Artikel 19 regelt das Außerkrafttreten des deutsch-tunesischen Abkommens über die Seeschiffsbeziehungen von 1966.

05.02.99

**Stellungnahme
des Bundesrates**

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 17. Oktober 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tunesischen Republik über die Seeschifffahrt

Der Bundesrat hat in seiner 734. Sitzung am 5. Februar 1999 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.